

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2020



Recht – Kontaminierte Anti-D-Prophylaxe

Partisanenkrieg im Baltikum

Wohin mit dem Koffer aus Workuta?

Inhalt

Aktuell

- 3 Lebende Reparationen
Persönliche Beratung wieder möglich
Archive klimatisieren
Preisträger
Nachlaß

Recht

- 4 Die Landesbeauftragten informieren

International

- 5 Partisanenkrieg im Baltikum

Thema

- 6 Wohin mit dem Koffer aus Workuta?

Geschichte

- 8 Späte Bestätigung

Corona-Termine

- 9 Beratungstag verschoben
Angebote für Einzelbesucher und Familien
Hinweis

Berichte

- 10 Staatsanwaltschaft in Bulgarien verurteilt
- 11 Abschied

Virtuell

- 12 Neues Internetforum
Online-Bildungstool

Verbände

- 13 31. Bautzen-Forum
Teilöffnung
- 14 Überblick über Jahrestagungen
Was uns verbindet, was uns trennt
- 15 Aufruf an ehemalige Zwangsarbeiter
Malchower und Penzliner Freundeskreis
Spendenaufruf
- 16 35 Gewinner-Projekte
Neuer Podcast
Leserbrief

Service/Bücher

- 17 Der Ort der Verdammten
- 18 Flugblätter gegen Unmenschlichkeit
Zwischen Kirche, Staat und Stasi
- 19 Freiheit in Verantwortung

Umschlagbild

Museum wieder offen, aber Mund zu. Das Stasimuseum Berlin hat wieder geöffnet. Vorerst nur von freitags bis sonntags 11.00 bis 18.00 Uhr. Eine gute Gelegenheit, sich ohne Gedränge und in Ruhe die Exponate anzuschauen. Änderungen der Öffnungszeiten sind immer aktuell auf der Website www.Stasimuseum.de zu finden.

Foto: Stasimuseum/Steer

Editorial

Corona – Wer, wenn nicht wir!

Die Corona-Krise hat für jeden von uns spezielle Herausforderungen, die wir bewältigen werden. Unsere Lobbyarbeit für die Opfer des Kommunismus ist, was die persönlichen Kontakte betrifft, im Moment erheblich eingeschränkt. Eine Mail, ein Telefongespräch oder auch eine Videokonferenz können kein persönliches Gespräch ersetzen, das merken wir im Moment sehr deutlich. Gut, daß wir im November letzten Jahres mit unseren Forderungen und den Beschlüssen im Deutschen Bundestag schon erfolgreich waren.

Seien Sie sicher, auch diese Krise wird zu Ende gehen, und wir werden unser persönliches Leben, aber auch die Arbeit der UOKG und unserer Mitgliedsverbände wieder auf Touren bringen. Wer, wenn

nicht wir sollte schließlich in der Lage sein, schwere Zeiten zu überstehen, anschließend weiterzumachen oder auch neu anzufangen.

Erstmalig haben wir in diesem Jahr einen repräsentativen Jahresbericht für das Jahr 2019 erstellt, um allen, die es interessiert, deutlich zu machen, wie breit aufgestellt unsere Arbeit ist. Ich bin sehr optimistisch, daß wir in den nächsten Wochen wieder in den Normalbetrieb schalten können.

Für heute darf ich Ihnen vor allem Gesundheit wünschen.

Mit besten Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Lebende Reparationen

(uokg) Bei ihrem Vormarsch auf Berlin im Frühjahr 1945 setzte die sowjetische Besatzungsmacht mehr als eine halbe Million Deutsche fest, um sie als „lebende Reparationen“ zur Zwangsarbeit in sibirische Lager zu transportieren. Da arbeitsfähige Männer zumeist eingezogen worden waren, waren unter den Betroffenen besonders viele Frauen und Mädchen, die zudem fast alle unzählige Male durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt und gedemütigt wurden. Tausende starben auf der wochenlangen Fahrt in Güterwaggons nach Sibirien oder kamen aufgrund der unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Lagern um. Erst vor wenigen Jahren sind die betroffenen Frauen von der Bundes-

republik für das erlittene Leid entschädigt worden. Von russischer Seite gibt es leider bis heute keine Geste des Bedauerns oder des Respekts.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft: „Für Stalin war es eine Form der Wiedergutmachung. Die Deportation von Zivilisten ist jedoch heute wie früher ohne jeden Zweifel völkerrechtswidrig. Daß die Konferenz der Siegermächte in Jalta die allen bekannte Deportation durch die Sowjets stimmlos akzeptiert hat, war empörend. Eine Anerkennung und Wiedergutmachung von russischer Seite ist bis heute nicht erfolgt.“

Persönliche Beratung wieder möglich

Persönliche Beratungsgespräche mit den Beraterinnen und Beratern in der Bürgerberatung der Landesbeauftragten für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Anlauf- und Beratungsstelle für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ in Schwerin sind wieder möglich. Erforderlich sei eine vorherige Terminvereinbarung, teilte die Landesbeauftragte Anne Drescher mit. Längerfristig könnten auch Gespräche außerhalb von Schwerin vereinbart werden.

„Rufen Sie uns an oder schicken Sie eine Mail, wenn Sie Verfolgung, Leid und Unrecht in der DDR erlebt haben. Auch die Mitarbeiterinnen der Stiftung vereinbaren

wieder Gesprächstermine. Betroffene, die als Minderjährige in der DDR in psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen untergebracht waren, können sich jederzeit anmelden.“

Für die Gespräche sind Infektionsschutzmaßnahmen vorgesehen, wie die Desinfektion von Händen und Flächen und die Installation von Trennscheiben.

Erreichbar für Terminvereinbarungen sind die Mitarbeiter der Landesbeauftragten unter Tel. (0385) 73 40 06 und Mail post@lamv.mv-regierung.de sowie die Stiftung unter Tel. (0385) 55 15 69 01 und Mail stiftung@lamv.mv-regierung.de.

Archive klimatisieren

(büko) Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen soll endlich seine Archive klimatisieren, forderte der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Die Unterlagen seien vom Verfall bedroht, wenn sie weiterhin unter den jetzigen Bedingungen lagern. Der Bundesbeauftragte selbst hatte vor ca. einem Jahr Alarm geschlagen, daß die Stasi-Unterlagen auf Grund der jetzigen Lagerungsbedingungen in den ostdeutschen Außenstellen seiner Behörde gefährdet seien.

Die Pläne Roland Jahns, sechs neue Archive zu bauen, würden sich nach Einschät-

zung des Bürgerkomitees angesichts des immensen Aufwands, zumal auf Grund der zu erwartenden Sparmaßnahmen jahrzehntelang hinziehen, falls das Programm überhaupt jemals realisiert werde.

Wenn die Akten keinen Schaden nehmen sollten, müßten sie schleunigst wie gesetzlich zwingend geboten aufbewahrt werden. Eine Nachrüstung der bestehenden Außenstellen sei ohnehin um den Faktor 30 günstiger als der Neubau von Archiven. In den Außenstellen lagert fast die Hälfte der Akten der Stasi-Unterlagen-Behörde.

Preisträger

(woku) Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. in der Bautzener Straße ist wohl weltweit einzigartig. Denn ehemalige politische Häftlinge kauften im Jahr 2007 das Gefängnis – nicht, um Menschen darin einzusperrern, sondern um an das begangene Unrecht zu erinnern sowie über Menschenrechte zu sprechen und zu sensibilisieren. Es versteht sich als Ort der Begegnung und als gutes Beispiel, daß Recht über Unrecht siegt. Die Mitglieder des Menschenrechtszentrums veranstalten u.a. Workshops und verschiedenste Projekte mit Schülerinnen und Schülern.

Bei einer Leser- und Hörerabstimmung von „WochenKurier“ und Radio Cottbus erhielt in der Sparte „Soziales/Ehrenamt“ Sylvia Wähling mit dem Menschenrechtszentrum den Titel „Cottbuser des Jahres 2019“. Als Geschäftsführerin nahm Wähling Anfang März 2020 den Pokal stellvertretend für das Cottbuser Menschenrechtszentrum entgegen.

Nachlaß

(bsta) Im Archiv der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur wird derzeit der Nachlaß von Benno Prieß erschlossen. Im Alter von 17 Jahren war Prieß verhaftet und wegen angeblicher Zugehörigkeit zur NS-Untergrundorganisation „Werwolf“ und „antisowjetischer Propaganda“ zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden.

Seine Haft mußte er unter anderem in den Speziallagern Torgau, Bautzen, Sachsenhausen und in Waldheim durchleiden. Als einer von zwei der insgesamt neun Bützower Jugendlichen überlebte er und ging nach seiner Entlassung 1954 nach Baden-Württemberg. Ab 1989 brachte er mit Förderung der Bundesstiftung Aufarbeitung mehrere Bücher über die Geschichte der Speziallager und Verfolgungen in der SBZ und frühen DDR heraus. 2015 verstarb Benno Prieß in Calw.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Die Landesbeauftragten informieren

Verbesserung des Gesetzes über die Hilfe für Betroffene von kontaminierter Anti-D-Prophylaxe in der DDR 1978/1979

Aus der Konferenz

Die Landesbeauftragten begrüßen, daß Frauen, die durch die mit Hepatitis C kontaminierte Anti-D Prophylaxe erkrankt sind und schwer an ihrer Infektion und deren Folgen tragen, nun langfristig besser unterstützt werden. Die Betroffenen sind als junge Mütter in der DDR mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert worden und dabei Opfer einer Straftat durch staatliche Stellen geworden, die in der DDR vertuscht und verschwiegen wurde. Durch eine entsprechende Gesetzesänderung soll den Betroffenen nun besser geholfen werden.

Betroffene Frauen, deren Viruslast sich aufgrund des medizinischen Fortschritts verringert hatte, deren Sekundärschädigungen jedoch weiter fortbestehen, behalten durch die Einführung einer Bestandsschutzregelung ab 1. Januar 2020 ihre monatliche Rente. Zudem erhalten auch alle betroffenen Frauen, denen ab 2014 die Rente herabgesetzt oder entzogen wurde, auf Antrag erneut eine Rente in der Höhe, die dem Grad der Schädigung vor der Neufestsetzung entspricht.

Zum Jahresbeginn 2020 trat eine Novellierung des Anti-D-Hilfegesetzes in Kraft, das eine Verbesserung der materiellen Situation der geschädigten Frauen beabsichtigt.

Wer in der DDR 1978/1979 nach der Geburt des ersten Kindes die Anti-D-Immunitätsprophylaxe benötigte und durch eine der in Halle (Saale) hergestellten Chargen mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurde, hat aus humanitären und sozialen Gründen Anspruch auf finanzielle Hilfen.

Berechtigte, die den Antrag beim Versorgungsamt **bis zum 30. Juni 2020** stellen, haben rückwirkend einen Anspruch auf die Leistungen ab dem 1. Januar 2020. Betroffenen wird empfohlen, sich zur Unterstützung bei der Antragstellung und Begleitung bei der persönlichen Aufarbeitung an die Aufarbeitungsbeauftragten in den Ländern zu wenden.

Hintergrund: Anfang der 70er Jahre wurde in der DDR die Anti-D-Prophylaxe eingeführt.

Das verwendete Anti-D-Immunglobulin wurde aus Blutplasma hergestellt. Im Frühjahr 1978 bestand der Verdacht, daß einige Spender an einer Hepatitis erkrankt waren. Dennoch wurde das kontaminierte Blutplasma verwendet. Infolgedessen erkrankten fast 7000 Frauen (teilweise auch deren Kinder und Angehörige), die eine Anti-D-Prophylaxe erhalten hatten, an Hepatitis C. Auf Veranlassung der Gesundheitsbehörden wurden die erkrankten Frauen von ihren Säuglingen getrennt und auf Isolierstationen wochenlang in Quarantäne gesetzt.

1979 fand in Halle ein Geheimprozeß statt, die Angeklagten wurden verurteilt, die verantwortliche politische Spitze blieb unbehelligt.

Betroffene und Öffentlichkeit waren nicht beteiligt und konnten keine Nebenklage erheben. Die medizinisch indizierte Absicht, der Unverträglichkeit der Rhesusgruppen zwischen Mutter und Säugling entgegenzuwirken, bezahlen die Frauen mit dem hohen Preis ihrer Gesundheit. Lebenslang sind die Frauen durch die schweren Folgen ihrer Erkrankung gezeichnet.

Literaturhinweis

Florian Steger u.a.: Vertuschter Skandal. Die kontaminierte Anti-D-Prophylaxe in der DDR 1978/79 und ihre Folgen. Studienreihe der Landesbeauftragten, hg. von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Sonderband, Halle 2017.

Weitere Informationen (Vorab-Ankündigung):

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/2019/hepatitis-c-opfer.html>

Nachfragen zum Beratungsangebot

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Franz-Jacob-Straße 4 B, 10369 Berlin, Tel. (030) 24 07 92-0, Fax (030) 24 07 92-99, Mail info@aufarbeitung-berlin.de, Internet www.berlin.de/aufarbeitung

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, Tel. (0331) 23 72 92-21, Fax (0331) 23 72 92-29, Mail aufarbeitung@lakd.brandenburg.de, Internet www.aufarbeitung.brandenburg.de

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bleicherufer 7, 19053 Schwerin, Tel. (0385) 73 40 06, Fax (0385) 73 40 07, Mail post@lamv.mv-regierung.de, Internet www.landesbeauftragter.de

Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden, Tel. (0351) 493-3703, Fax (0351) 45 10 31-3709, Mail lasd@slt.sachsen.de, Internet www.lasd.landtag.sachsen.de

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg, Tel. (0391) 5 60-15 01, Fax (0391) 5 60-15 20, Mail info@lza.lt.sachsen-anhalt.de, Internet <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 5 73 11 49 50, Fax. (0361) 5 73 11 49 52, Mail: info@thla.thueringen.de, Internet www.thla.thueringen.de

Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur

Natürlich können Sie sich auch an die Beratungsstellen, die auf Seite 19 angeführt sind, wenden.

Partisanenkrieg im Baltikum

Es war 1947/48, als aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassene deutsche Wehrmachtssoldaten von verbissenen antisowjetischen Partisanenkämpfen im Baltikum zu berichten wußten. In einigen wenigen Publikationen gibt es gewisse Andeutungen. Etliche Berichte und Dokumente befinden sich im Archiv des BND unter den Geheimunterlagen Nr. 1670 und 4313. Weitaus mehr Papiere dürften in den Archiven des britischen Nachrichtendienstes sein, doch auch dort ist ein Zugang selbst für Historiker nahezu unmöglich. Interessantes kann man indes in Fachgesprächen im Okkupations-Museum in Estlands Hauptstadt erfahren, besonders, wenn man dort Vertrauen genießt.

Bereits 1949 dürften sich britische und ebenfalls gewisse amerikanische Stellen entschlossen haben, zu jenen „Waldbrüdern“ im Baltikum Kontakt zum Zwecke gemeinsamer Aktionen aufzunehmen. Eigentlich hatten diese bereits Ende 1944 begonnen, als der Schnellboot-Kommandeur der deutschen Wehrmacht, Hans-Helmut Klose, bei den Kämpfen um den Kurlandkessel bis in die letzten Kriegstage V-Männer und Sabotagetrupps hinter der sowjetischen Front absetzte. Spätestens 1948 stand er mit der deutschen Organisation Gehlen, dem Vorläufer des BND, in Verbindung. Längst aber waren auch die Briten auf ihn aufmerksam geworden, den Leiter der einstigen Wehrmachtsspionage „Fremde Heere Ost“. Anfang 1949 war man sich einig in Form der Operation „Jungle“, daß er mit deutschen Schnellbooten und deutschem Personal unter englischer Flagge entlang der gesamten sowjetisch besetzten Ostseeküsten Funkaufklärung und ebenfalls Agentenaufklärung betreiben sollte.

Offiziell handelte es sich um britische Fischereischutzboote, die nach damaligen Unterlagen mit MI5 (dem britischen Inlands-Nachrichtendienst) in Verbindung standen – in Wahrheit natürlich für MI6 (der britischen Spionage) arbeiteten. Die deutschen Wehrmachtsmarine-Schnellboote, die bei Kriegsende in die Hände der West-Alliierten fielen und nun umgerüstet wurden, waren mit ihren 45 Knoten schneller als die sowjetischen, die im Höchstfall 40 erreichten.

Unbestritten ist, daß in der Nacht zum 1. Mai 1949 von ihnen insgesamt sechs, im Untergrund des Widerstandes erfah-

rene Balten an der litauischen Küste abgesetzt wurden. Bei späteren Einsätzen kamen Ukrainer hinzu. Etliche Anzeichen sprechen für eine entsprechende heimliche Ausbildung durch bestimmte schwedische Offizierskreise. All diese Männer des Widerstandes waren Patrioten und nach vielen bitteren Erfahrungen voller Haß auf die erneute sowjetische Unterdrückung ihrer Heimat. Bei ihnen, die sich den Partisanen anschließen und dort bleiben wollten, gab es keine vereinbarten Abholtermine durch die Schnellboote. Für Personen mit Spionage-Aufträgen hingegen, die nach ihren Einsätzen wieder in den Westen zurückkehren sollten, wurden bestimmte Zeiten und Orte abgesprochen.

Ziel für diesen Personenkreis war, dem Westen ein möglichst komplettes Bild der polnischen und primär sowjetischen Radar-Stellungen entlang der gesamten Ostseeküste von Rügen bis Estland zu verschaffen. Wenige Jahre später bezogen sich ihre Aufträge auf die Erfassung des sowjetischen Funkverkehrs in der DDR sowie in Polen bis hin zu den einzelnen baltischen Staaten. Ausgestattet waren sie alle mit Handfeuerwaffen, teilweise sogar mit Schalldämpfern und Kurzwellen-Funkgeräten, die von den USA – anfangs vielleicht sogar unwissend über deren konkrete Verwendungsziele – stammten. Erst später wurden sie mit Antennen für Funkpeilungen ausgerüstet.

Es gab damals für heutige Verhältnisse kaum vorstellbare Schicksale: Nach glaubhaften Schilderungen war ein Lette bei seinen Partisanenkämpfen schließlich nach Polen abgedrängt worden, von wo ihn die antisowjetische Widerstandsbewegung Armija Krowaja mit ihren geheimen Verbindungen nach West-Berlin durch die DDR in den Westen schleusen konnte. 1951 war er angeblich Leiter einer erneuten Einsatzgruppe, doch hörte man nie wieder von ihm...

Die CIA, welche in Zusammenarbeit mit der Organisation Gehlen seltsamerweise erst 1952/53 an derartigen Einsätzen im Rahmen der Operation „Rusky“ aktiv teilnahm, bevorzugte die Einschleusung ihrer Agenten per großen, mit Wasserstoff gefüllten Ballons. Diese wurden in den Schnellbooten unmittelbar vor der polnischen Küste aufgefüllt. Bekannt ist die auf diese Weise erfolgte Anlandung von acht polnischen Spionen im Herbst 1952 im weiteren Hinterland von Stolpemünde

(Pommern). Ausgerüstet waren sie mit original polnischer Zivilkleidung, Funkgeräten, Medikamenten und vielen, damals in Polen so begehrten Schweizer Uhren (mit denen auch gerade Gehlen Spione anwarb).

Bis Sommer 1955 erfolgten nach einigen Quellen 16 solcher Einsätze, während andere allein für jenes Jahr 15 meldeten, so daß die häufiger genannte Zahl von insgesamt 36 Einsätzen eher zutreffen dürfte. Dabei wurden 52 Personen in den sowjetisch besetzten Gebieten abgesetzt und 18 – zweifellos Spione nach erledigtem Auftrag – wieder von den Schnellbooten abgeholt und in den Westen gebracht. Nach Unterlagen der Abwehr des MfS hat der KGB angeblich 42 dieser Männer aufgespürt, in einigen Fällen vielleicht auch „umdrehen“ können; weitere verriet der Sowjetspion Kim Philby in London.

Anfang 1955 wurde ein Schnellboot von einem sowjetischen Schiff beschossen. In der folgenden Zeit war ein unbemerktes Eindringen in den östlichen Teil der Ostsee angesichts verstärkter sowjetischer Gegenmaßnahmen kaum noch möglich. Die Einsätze mußten daher reduziert werden und wurden bis 1963 nur noch zu wichtigen, spezifischen Aufträgen durchgeführt. Auch im folgenden Jahr gab es lediglich noch eine derartige Aktion. Ob sie wirklich die letzte war, scheinen die Historiker im genannten Okkupations-Museum eher anzuzweifeln; Unterlagen darüber existieren scheinbar zumindest in Estland nicht. Sie werden wohl für immer Geheimnisse der Operationen „Jungle“ und „Rusky“ bleiben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Hellweger Anzeiger ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Wohin mit dem Koffer aus Workuta?

Ingolf und Gerda Grothe leben mittlerweile in einem Pflegeheim im Süden Berlins. Jahrzehnte waren sie regelmäßige Teilnehmer der Treffen der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. Als 20-Jähriger wurde Ingolf zusammen mit seinem Zwillingbruder Arnold in Baruth (Brandenburg) im Juni 1951 verhaftet. Es folgte das Übliche:

Übergabe an die sowjetische Besatzungsmacht, nächtliche Verhöre, Folter auch mittels Schlafentzug, erpreßte Geständnisse, Verurteilung im Halleser Gefängnis „Roter Ochse“ nach russischem Strafgesetzbuch (§ 58) und Zwangsarbeit in Workuta (Schacht 40, Lager 5). Die Entlassung der Brüder erfolgte im Oktober 1955. Danach flohen sie beide über Berlin nach Westdeutschland.

Makaber: Ingolf wußte nicht genau, was er nach seiner Freilassung beruflich machen sollte und so ging er zunächst für drei Jahre nach Gelsenkirchen, um wieder im Bergbau zu arbeiten. Damit kannte er sich ja aus.

Mit dem Umzug des Ehepaars Grothe ins Pflegeheim kam eine Frage auf, die immer drängender wird. Viele ehemalige GULag-Häftlinge sind mittlerweile verstorben und die noch Lebenden sind hochbetagt. Sobald aber eine Haushaltsauflösung ansteht, stellt sich die Frage, wohin mit dem Nachlaß, mit wichtigen Unterlagen, Dokumenten, Fotos und Briefen aus dem GULag, aus Workuta?

Anhand von drei Beispielen will ich diese Wohin-Frage veranschaulichen und auch versuchen, sie zu beantworten.

Als ich das Ehepaar Grothe an einem heißen Tag im Juli 2013 besuchte, zeigte mir Ingolf etliche Dokumente für die Aufnahme seiner Biographie in das Zeitzeugen-Portal der Lagergemeinschaft. Dabei erwähnte seine Ehefrau, daß er sogar noch einen Koffer aus Workuta habe. Nach einigem Bitten und Drängen stieg sie in den Keller und brachte den Koffer, der noch in einem erstaunlich guten Zustand war.

Bedingt durch den Umzug ins Pflegeheim fragte mich der Sohn von Gerda und Ingolf Grothe: Wohin mit dem Koffer aus Workuta? Gerne habe ich den Koffer angenommen und später mit Dr. André Gursky von der Gedenkstätte „Roter Ochse“ einen Termin zwecks Übergabe ausgemacht. So kommt der Koffer an den Ort, wo Ingolf Grothes Leidensweg begann, nämlich im berüchtigten damaligen Untersuchungsgefängnis des NKWD in Halle an der Saale.

Wohin mit dem Personalausweis meines Vaters? Im Jahr 2006 hatte ich über das Hannah-Arendt-Institut in Dresden einen Antrag beim FSB in Moskau auf Herausgabe der Verhörprotokolle meines Vaters Johannes Krikowski gestellt. Ein Jahr später erhielt ich einen Umschlag mit Auszügen der Verhörprotokolle. Beigefügt waren außerdem der Studenten- und der Personalausweis meines Vaters, welche ihm bei seiner Verhaftung in Greifswald im November 1951 abgenommen worden waren.

Ich übergab meinem Vater die Verhörprotokolle. Im Nachhinein bin ich mir nicht sicher, ob es richtig war, sie ihm zu geben. Er blätterte darin und wurde immer stiller und stiller. Er deutete nur an, daß er damals seinen Freund Günter

Kunert bei einer Gegenüberstellung im NKWD-Gefängnis am Demmlerplatz (Schwerin) kaum wiedererkannt hatte, so zerschunden und zerschlagen hatten NKWD-Schergen sein Gesicht. Kunert gestand meinem Vater, daß er unter der Folter auch dessen Namen genannt hatte. Günter Kunert und seine Schwester Erika wurden zum Tode verurteilt und am 12. Juni 1952 in Moskau hingerichtet.



Foto: Stefan Krikowski

Ingolf Grothe mit dem Koffer aus Workuta.

Zu gegebener Zeit werde ich den Personal- wie auch den Studentenausweis der Gedenkstätte am Demmlerplatz in Schwerin übergeben. Somit werden an dem Ort, wo nach dem SMT-Urteil am 8. März 1952 das Verschwinden meines Vaters begann, sein Personal- und Studentenausweis „aufbewahrt für alle Zeit“. Dies habe ich in einem Gespräch mit der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anne Drescher, bereits besprochen.

Wohin mit einem Rentiergeweih aus Workuta? Nach dem Tod Horst Schülers besuchte ich im Sommer 2019 seine Frau Ingrid in Hamburg. Sie übergab mir acht Kartons mit Unterlagen, Dokumenten, Korrespondenz und Andenken. Die Kartons enthalten alles, was Horst Schüler über die Jahrzehnte zum Themenkomplex GULag, Workuta und Aufarbeitung des Kommunismus gesammelt hatte. Nach der Sichtung, die immer noch nicht abgeschlossen ist, werde ich den Nachlaß Horst Schülers der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam übergeben. Aber

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Allgemeiner Kontakt
Geschäftszeiten:
Montag – Donnerstag: 9.00 – 16.30 Uhr
Freitag: 9.00 – 13.00 Uhr
Geschäftsstelle:
Tel. (030) 31 98 95-0
Fax (030) 31 98 95-210
E-Mail buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Leiter des Arbeitsbereichs Archiv, Bibliothek, Dokumentation
Dr. Matthias Buchholz
Tel. (030) 31 98 95-219
m.buchholz@bundesstiftung-aufarbeitung.de

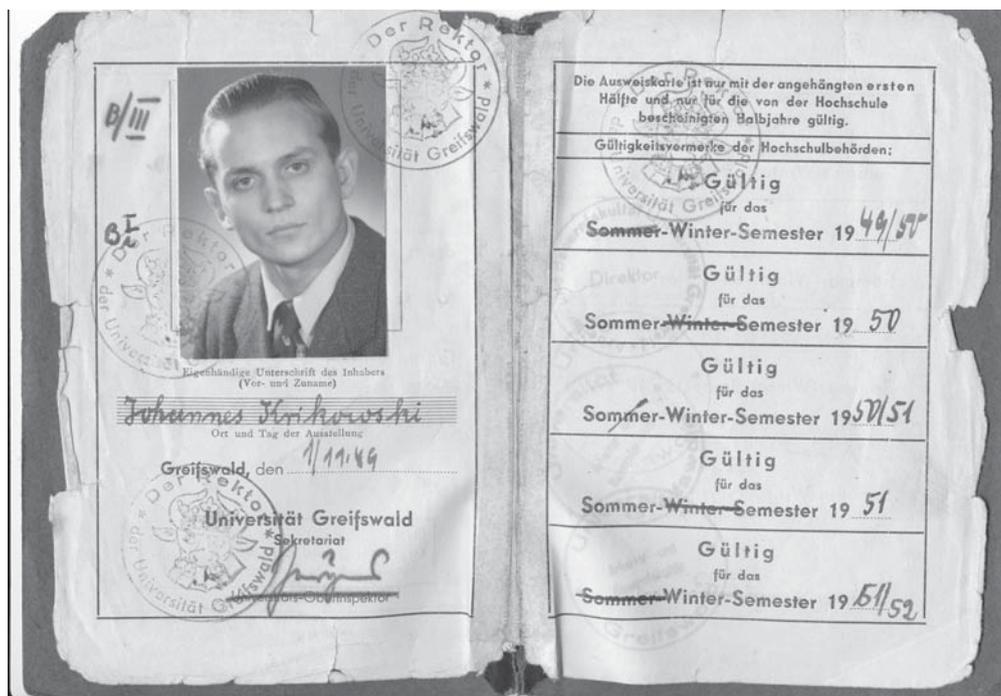
Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.
Archiv der DDR-Opposition
Ruschestraße 103, Haus 17
10365 Berlin
Geschäftsführung
info@havemann-gesellschaft.de
Tel. (030) 577 99 80 10

Öffnungszeiten Archiv
(Öffnungszeiten nach Absprache)
Montag, Donnerstag, Freitag 9.00 – 16.00 Uhr
Mittwoch 9.00 – 20.00 Uhr
Termin- oder Nutzungsanfragen richten Sie bitte per Mail oder Telefon an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

ein ganz besonderes Exponat habe ich bereits im Februar 2020 der Gedenkstättenleiterin, Uta Gerlant, überreicht: Ein Rentiergeweih aus Workuta.

Fragen Sie mich nicht, wie Horst Schüler dieses außerordentlich schöne und große Exemplar von Workuta nach Hamburg transportiert hat. Auch Ingrid Schüler und ihre Kinder können den Transportweg nicht mit Gewißheit rekonstruieren. Als Handgepäck im Flugzeug konnte er es sicherlich nicht aufgeben haben. Schön wäre es, dieses Rentiergeweih könnte in der Gedenkstätte Lindenstraße im ehemaligen Wärteraufenthaltszimmer angebracht und mit folgender Widmung versehen werden: „Ein Geschenk aus Workuta. Von Horst Schüler für seine ehemaligen Aufseher.“

Der Nachlaß, wohin damit? Die Zukunft lebt aus der Vergangenheit. Deshalb bitte ich Sie als GULag-Zeitzeuge, als Ehepartner/in, als Sohn oder Tochter eines GULag-Häftlings, den Nachlaß zu sichern. Überlegen Sie, welcher Einrichtung Ihres Vertrauens der Nachlaß übergeben werden soll. Es gibt verschiedene



Studentenausweis von Johannes Krikowski.

Einrichtungen, die dafür sehr dankbar sein werden.

In Berlin existieren zum einen die Robert-Havemann-Gesellschaft, die ein bedeutendes Archiv der DDR-Opposition beherbergt, und zum anderen die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der Archivleiter der Bundesstiftung, Dr. Matthias Buchholz, hat während der Jahrestagungen der Lagergemeinschaft Workuta in Schwerin 2016 und in Königswinter 2019 auf die Möglichkeit der Nachlaßübergabe hingewiesen, wodurch eine professionelle Aufbewahrung gewährleistet wäre.

In den Archiven dieser Institutionen wird das Material sachgerecht gelagert, aufgearbeitet, katalogisiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Neben den oben genannten Berliner Institutionen kann der Nachlaß auch der heu-

tigen Gedenkstätte am damaligen Haftort übergeben werden.

Die vielen Zeugnisse sollten aufbewahrt werden („Aufbewahren für alle Zeit!“), um sie jederzeit einem interessierten Publikum – etwa durch Ausstellungen – zugänglich zu machen! Das Wissen über das große Unrecht und die Verbrechen des Kommunismus müssen der Nachwelt erhalten bleiben!

Stefan Krikowski
Sprecher der Lagergemeinschaft
Workuta GULag / Sowjetunion

*Die reichsten Menschen
bekommen meist auch das, was man
für Geld nicht kaufen kann.*

Jacques Tati

Vielleicht, vielleicht auch nicht... auf jeden Fall ein Abo für den Stacheldraht.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)



Foto: Gedenkst. Lindenstraße/Amélie zu Eulenburg

Uta Gerlant und Stefan Krikowski im Gefängnishof der Gedenkstätte Lindenstraße mit dem Geweih aus Workuta.

Späte Bestätigung

БЕЗ ПРАВА ПУБЛИКАЦИИ

21

Совершенно секретно.

Приложение № 1 к приказу НКВД СССР № 00461-1948

зщ.

Рассекречено
Акт № 4
от "19" IX 1994

ДИСЛОКАЦИЯ

лагерей и тюрем при уполномоченных НКВД СССР по фронтам.

<u>1 Белорусский фронт</u>	г. Лембертув	-	лагерь
	г. Л о д з ь	-	" "
	г. Познань	-	" "
	г. Данциг	-	" "
	г. Краков	-	" "
	г. Шнайдемюль	-	" "
	г. Швибус	-	" "
	г. Ландсберг	-	" "
	г. Фюрстенвальде	-	" "
г. Вернойхен	-	" "	
<u>2 Белорусский фронт</u>	г. Грауденц	-	тюрьма
	(Граудзянс)	-	" "
	г. Голлнов	-	лагерь
г. Штаргард	-		
<u>3 Белорусский фронт</u>	г. Инстербург	"	тюрьма
	г. Тапиау	-	" "
	г. Бартенштайн	-	" "
	г. Кенигсберг	-	" "
	г. Прейсип-Айлау	-	лагерь
	м. Домтау	-	" "
н. с. Панарт	-	" "	
<u>1 Украинский фронт</u>	г. Т о с т	-	тюрьма-лаг
	г. Оппельн	-	" "
	г. Равич	-	" "
<u>4 Украинский фронт</u>	г. Вадовице	-	тюрьма
	г. Бельско	-	" "
	г. Ратибор	-	" "
	г. Ружомберок	-	" "
	г. Мысловице	-	лагерь

ЗАМЕСТИТЕЛЬ НАРОДНОГО КОМИССАРА ВНУТРЕННИХ ДЕЛ СССР
комиссар государственной безопасности 2 ранга
ЧЕРНЫШОВ.

В е р н о: *Чернышов*

Beratungstag verschoben

Auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes. Um möglichst viele Betroffene ortsnahe über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport, Referat 61, alljährlich Beratungstage für Betroffene von SED-Unrecht vor Ort.

Die Beratungen werden von Fachleuten aus Sachsen-Anhalt durchgeführt und von den Vertretern des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasi-Opfer unterstützt. Einige der Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

Der diesjährige Beratungstag im Landkreis Northeim mußte coronabedingt vom 12. Mai verschoben werden auf:

Dienstag, 10. November 2020,
10.00 bis 15.00 Uhr
Landkreis Northeim, Kreishaus
Medenheimer Str. 6/8
37154 Northeim

Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, insbesondere:

- zu Unrecht Inhaftierte
- Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes
- Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren
- Betroffene, die Eingriffe in Eigentum und Vermögen erlitten
- Verschleppte und deren Angehörige sowie Hinterbliebene und Angehörige von Opfern

Es können Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten gestellt werden. Hierzu ist der Personalausweis vorzulegen.

Weiterhin erfolgt eine Beratung zu:

- Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (strafrechtliche, verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitation)
- monatlicher Zuwendung („Opferrente“)
- Kinderheimen
- Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung/Internierung

Das Beratungsangebot kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Die Beratungsräume sind barrierefrei erreichbar.

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Angebote für Einzelbesucher und Familien

Alle Ausstellungsbereiche der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden stehen den Besuchern jetzt wieder offen. Einzelbesucher können sich mit Hilfe von zwei Audio-Guides den historischen Ort erschließen.

Die erste Geschichte führt in das sowjetische Kellergefängnis. Die Besonderheit des Audio-Guides besteht darin, daß es Zeitzeugen sind, die die einzelnen Räume und ihre eigenen Erfahrungen während der Haft beschreiben. Sie und teilweise ihre Angehörigen kommen zu Wort, wenn es um die Vorgeschichte der Inhaftierung, die Haft, die Vernehmungen, die Verurteilung und den Alltag im Straflager geht. Ergänzend zu den Zeitzeugen werden die Besucher in den historischen Kontext der frühen Besatzungszeit ein-

geführt. Die Texte sprechen die beiden Dresdner Schauspieler Ahmad Mesgarha und Oda Pretzschner.

Der zweite Audio-Walk, „Guten Tag! Sie sind verhaftet!“, ist ein begehrtes Hörspiel und rückt die Vergangenheit der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in den Fokus. Das Hörspiel, das in eine fiktive DDR-Gefängniswelt führt, wurde von den Künstlern Harriet Maria Meining und Peter Meining in Zusammenarbeit mit dem Dresdner Sounddesigner Nikolaus Woernle für die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden konzipiert und entwickelt. Stellvertretend durchläuft der Besucher die Apparatur der Diktatur.

Gefängnisinsassen erzählen von ihrem Alltag, von Demütigungen, ihrer Wut und

Resignation. Aber auch die Täter haben eine Stimme. Die Revolution lauert auf ihre Chance und im Finale überschlagen sich die Ereignisse. Die Texte werden von bekannten Dresdner Schauspielern wie Hilmar Eichhorn, Anna Mateur, Tom Quaas und vielen anderen gesprochen.

Zu sehen ist noch die Plakatausstellung „Vom Mut in der Diktatur. Geschichten aus Tschechien, Deutschland, der Slowakei, Ungarn und Polen“.

Sie geht der Frage nach, was Menschen antreibt, sich einem diktatorischen Regime entgegenzustellen und für demokratische Grundrechte einzutreten. Vorgestellt werden Menschen aus ehemaligen Ostblockstaaten, die den Mut dazu aufbrachten.

Für Familien bietet die Gedenkstätte eine Entdeckertour an, bei der findige und clevere Detektive den Spuren der Vergangenheit folgen.

Bitte beachten, bis auf weiteres geänderte Öffnungszeiten: täglich von 11.00 bis 17.00 Uhr; Neuigkeiten und Änderungen auf der Homepage www.bautzner-strasse-dresden.de

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden,
Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden 

Hinweis

(st) Grundsätzlich empfiehlt es sich zur Zeit, nach verschobenen oder ausfallenden Terminen sowie geänderten Öffnungszeiten auf den Homepages der einzelnen Einrichtungen und Institutionen zu schauen. Auch Anrufe oder Anrufbeantworter informieren meist über veränderte Modalitäten bei Beratung oder Besucherverkehr. Gleiches gilt für Veranstaltungen.

Informationen sollten immer von der konkreten Einrichtung eingeholt werden, denn durch die unterschiedliche Handhabung in den einzelnen Bundesländern kann man nicht von einer auf die andere schließen.

Staatsanwaltschaft in Bulgarien verurteilt

In Bulgarien wurde im Dezember 2019 die Staatsanwaltschaft der Stadt Sofia dazu verurteilt, eine Zahlung in Höhe von 20 000 € an Sofia Yurdakul zu leisten, deren Vater ohne Anklage im berüchtigten Arbeitslager Belene inhaftiert war. Ihre Klage auf Entschädigung wurde über 28 Jahre verzögert bearbeitet.

Es war das zweite Urteil gegen eine Staatsanwaltschaft in Bulgarien wegen Prozeßverschleppung bei Opfern des sogenannten Wiedergeburtprozesses. So wurden von der damaligen kommunistischen Regierung die gewaltsamen Namensänderungen der türkischen Minderheit offiziell bezeichnet.

Die Richterin Valerie Bankova vom städtischen Gericht in Sofia/Bulgarien sprach Sofia Yurdakul eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet 20 000 € zu, weil sie in der Zeit des Kommunismus in Bulgarien ihren Namen ändern mußte, ihr verboten wurde, ihre Muttersprache zu sprechen, und ihre Familie gezwungen wurde, aus Bulgarien in die Türkei überzusiedeln.

Zunächst reichte Frau Yurdakul eine Klage auf Entschädigung in Höhe von ca. 50 000 € gegen die Staatsanwaltschaft von Sofia ein, die verpflichtet werden sollte, Schadensersatz nach dem Haftungsgesetz für Kommunen und Staatliche Institutionen zu leisten, weil eine Zivilklage in einem Strafverfahren von ihr nicht bearbeitet wurde.

In ihrer Klagebegründung legte Sofia Yurdakul dar, daß sie bis 1985 mit ihren Eltern in dem Dorf Kitshnitsa in der Nähe der Stadt Razgrad lebte. Bis dahin

hatte sie eine glückliche und sorgenfreie Kindheit gehabt. Aber dann mußte sie auf Druck der Behörden zunächst ihren Namen ändern, was ihre kindliche Psyche stark erschütterte. Nur in Gesprächen mit ihrem Vater konnte sie jemandem ihr Leid anvertrauen.

Im Frühjahr 1985 wurde er festgenommen und im berüchtigten Arbeitslager Belene interniert. Die Familie hat erst nach sechs Monaten von der Verhaftung und Inhaftierung erfahren. Ein Jahr nach seiner Verhaftung konnte Sofia Yurdakul ihren Vater erstmalig im Arbeitslager in Belene besuchen. Im Haftbefehl wurde geschrieben, daß er sich den staatlichen Maßnahmen zur Sensibilisierung der türkischen Minderheit in Bulgarien widersetze.

Vom Stadtgericht in Sofia wurden drei Zeugen geladen, die über ihre Erfahrungen der Besuche von Sofia Yurdakul bei ihrem Vater in Belene berichteten. Unter ihnen war auch ein ehemaliger Mitgefangener ihres Vaters. Er erzählte vor Gericht, daß das damals achtjährige Mädchen die Situation, in der sich ihr Vater befand, nicht verstand. Ihr Vater kam gerade von der Arbeitsschicht, als seine Tochter ihn sah und schnell umarmen wollte. Ein Lageraufseher sah die Szene und entfernte das Mädchen mit Gewalt aus den Armen ihres Vaters. Ihm wurde als Strafe das Besuchsrecht für seine Tochter entzogen.

In den kommenden Monaten und Jahren war die Mutter von Sofia Yurdakul wirtschaftlich auf sich allein gestellt. Sie begann zu Hause zu arbeiten und die Familie zu ernähren. Jedoch wurde sie krank. Der

Vater erkrankte ebenfalls und wurde in ein Haftkrankenhaus in dem Dorf Ruzhentsi in der Nähe der Donaustadt Vidin verlegt.

Auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands, der schwierigen familiären Situation und einer Beurteilung, wonach sich sein Verhalten positiv geändert habe, ist er im Frühjahr 1988 freigelassen worden. Im darauffolgenden Jahr übergab ein Polizist ihm Reisepässe für die ganze Familie und teilte ihm mit, daß sie das Land bis zwölf Uhr zu verlassen hätten. So kam Sofia Yurdakul mit beiden kranken Elternteilen in die Türkei.

In den darauffolgenden Jahren machte sie ihren Vater für die Lebensumstände verantwortlich, weil sie dachte, daß er schuldig im Gefängnis inhaftiert war. Erst kurz vor seinem Tod 1998 erzählte er der damals bereits erwachsenen Tochter die wahre Geschichte seiner Inhaftierung.

In den darauf folgenden Jahren begann Sofia Yurdakul sich für die Prozesse gegen die Verantwortlichen des „Wiedergeburtprozesses“ in Bulgarien zu interessieren. In der Türkei nahm sie an Aktivitäten von Opfervereinigungen des „Wiedergeburtprozesses“ teil. Eine medizinische Untersuchung ergab, daß sie bis heute depressiv ist und posttraumatische Störungen auf Grund der von ihr erlebten Geschehnisse hat.

In seiner Urteilsbegründung führt das Gericht aus, daß die schädlichen Auswirkungen des sogenannten Wiedergeburtprozesses auf der Grundlage eines Verbrechens entstanden seien, das die grundlegendsten Menschenrechte beeinträchtigte. Sofia Yurdakul ist nicht nur Tochter eines Opfers aus dem Arbeitslager Belene, sondern sie selbst sei Betroffene des „Wiedergeburtprozesses“ und habe Anrecht auf eine Entschädigung.

Das Gericht begründete in seinem Urteil, daß die Prozesse gegen die verantwortlichen Täter des „Wiedergeburtprozesses“ zwar sachlich und juristisch komplex seien, dies jedoch nicht der Rechtfertigung für die 28 Jahre Verzögerung einer Anklageerhebung dienen dürfe. Im übrigen wäre die Verjährungsfrist längst abgelaufen und eine strafrechtliche Verfolgung somit ausgeschlossen. Auch wenn eine Anklage erhoben worden wäre, hätte es schon deshalb zu einer Beendigung des Verfahrens geführt.



Das Lager Belene als Insel zwischen Flüssen.

In ihrer Entscheidung führte die Richterin Bankova aus, daß sie alle Handlungen des Staates gegen die Familie in ihrem Urteil betrachtet habe und daß die Klägerin zum damaligen Zeitpunkt ein kleines Kind gewesen sei. Für sie sei deshalb nachvollziehbar, daß diese Umstände für ein Kind zu Erschütterungen mit der Folge fehlender Stabilität und Identität geführt hätten. Diese wären aber notwendig, um eine normale Kindheit ohne Schäden zu erfahren. Deshalb benötige sie keine weiteren Beweise.

Nach Angabe des Gerichts war die gewaltsame Entfernung von Sofia Yurdakul aus den Armen ihres Vaters während ihrer Besuchszeit in dem Arbeitslager Belene und dem anschließenden Entzug des Besuchsrechts eine besonders traumatische Situation für ihre Psyche. Auch bewertete die Richterin die verzögerte Bearbeitung des Falls als schädlich.

„Je wichtiger die Rechte für die Persönlichkeit sind, desto größer ist der Schaden, wenn durch erlebte staatliche Rechtsverletzungen Täter nicht in einer

angemessenen Frist bestraft werden, wenn es um Rechtsgüter von hohem Wert, wie das Recht auf Freiheit, auf seinen eigenen Namen, seine ethnische Zugehörigkeit, das Recht auf Anwendung der Muttersprache, das Recht des Verbots der Beeinträchtigung des Familienlebens geht. Mit Bezug auf die Zwangsassimilierung war das Gefühl einer mangelnden Gerechtigkeit für die Opfer des Wiedergeburtprozesses so stark, daß es ihr Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit untergrub“, begründete Richterin Bankova.

Der Entschädigungsforderung in Höhe von 50 000 € wurde nicht stattzugeben, wie das Gericht erklärte, weil Sofia Yurdakul nicht wegen ihrer Ablehnung der staatlichen Politik verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden war.

Die Entscheidung ist noch nicht rechtsgültig. Sie kann noch vor dem Berufungsgericht von Sofia angefochten werden.

Im vergangenen Jahr gewann bereits erstmalig ein Opfer des Wiedergeburtprozesses in Bulgarien eine Klage gegen

die Staatsanwaltschaft von Sofia wegen langwieriger Ermittlungen. Dem Kläger wurde ein Betrag in Höhe von 25 000 € statt des geforderten Betrags in Höhe von 50 000 € zugesprochen. Gleichzeitig wurde ihm mitgeteilt, daß seine künftige Entschädigung 15 000 € betragen würde.

Aus der Urteilsbegründung ging hervor, daß die Staatsanwaltschaft bereits 2003 die Ermittlungen einstellte und keine weiteren Zeugen auf Anweisung des obersten Richters mehr befragen wollte. Nach Auskunft des Stadtgerichts von Sofia sollten nur die Namen der Opfer erfaßt werden, damit diese informiert werden und ihre Rechte geltend machen könnten. Sie sollten nicht in Gerichtsprozessen zu ihrem Schicksal befragt werden.

Daher stellte das Gericht fest, daß eine Verzögerung des Prozesses auf Entschädigung der Opfer des „Wiedergeburtprozesses“ seit 2003 nicht mehr zu rechtfertigen sei.

Ulf Georgiew

Abschied

Hansjörg Weigel

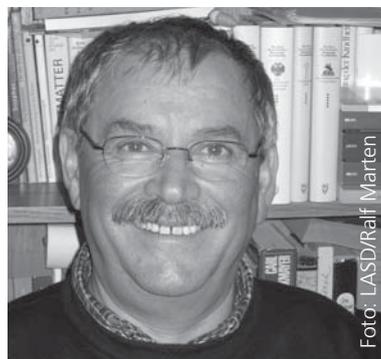
Am 29. April 2020 verstarb Hansjörg Weigel im Alter von 77 Jahren an den Folgen einer Corona-Infektion. Hansjörg Weigel gründete 1973 das Christliche Friedensseminar Königswalde. Er war der konzeptionelle Kopf des Seminars und ein wichtiger Wegbereiter der Friedlichen Revolution. Der gelernte Kfz-Elektriker verweigerte 1963 den Wehrdienst und kam als Bausoldat zur Nationalen Volksarmee.

Aus dieser Erfahrung heraus wollte er anderen Wehrdienstverweigerern Beistand bieten und lud nach Königswalde ein. Dort kamen junge Leute aus der ganzen DDR zusammen, um Fragen des Wehrdienstes und der Verweigerung zu besprechen. Die im Frühjahr und Herbst stattfindenden Treffen unter dem Dach der Kirche zogen von Jahr zu Jahr mehr Sympathisanten an. Sie entwickelten sich zu einem Kristallisationspunkt einer Gegenöffentlichkeit und gerieten deshalb ins Visier der Staatssicherheit. Die Stasi versuchte mit verschiedenen Methoden, das Seminar zu verhindern. 1980 wurde Weigel zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Da sich die Kirche und auch Westmedien intensiv für

ihn einsetzten, kam er nach knapp drei Monaten frei.

Was Hansjörg Weigel in der sächsischen Provinz begann, erreichte bald eine große Sichtbarkeit und Wirkung. Lutz Rathenow erinnert sich: „Die ehemaligen Bausoldaten waren für mich die erste wirksame Oppositionsgruppe, die innerhalb der DDR für mich sichtbar geworden ist.“ Auch Erich Loest würdigte Königswalde: „Wenn je die Geschichte des Widerstands der DDR-Christen geschrieben wird, dann wird man in Königswalde, einem kleinen Dorf bei Chemnitz, anfangen müssen. (...) In Königswalde haben die Leute geübt, den Kopf zu erheben und hochzuhalten.“

Michael Beleites, ehemaliger Sächsischer Landesbeauftragter und Weggefährte, erinnert an seine persönlichen Begegnungen mit ihm: „Hansjörg hat in den 70er und 80er Jahren Menschen in der ganzen DDR inspiriert für ein Friedensengagement, das befreiend gewirkt hat. Er war nicht nur mutig, er war ein Mutmacher, der vielen anderen die Angst vor möglichen Repressionen genommen hat. Er hat selbst vorgelebt, daß man unabhängig von den äußeren Umständen innerlich frei ist, wenn man ein Bewußtsein von der eigenen Würde hat. Er hat immer auch um die Würde der anderen gewußt und vor niemandem Angst gehabt – auch



Hansjörg Weigel, 2008.

vor der Stasi nicht. Hansjörg war einer, der seine friedenspolitischen Initiativen und sein oppositionelles Wirken auf der Basis eines ‚normalen‘ praktischen Berufs betrieben hat. Er war ein Mensch, der bei all der inspirierenden Zuwendung für Außenseiter und Alternative selbst fest verwurzelt in einer ländlich lebenden Dorfgemeinschaft geblieben ist. Hansjörg hat uns gelehrt, daß Heimatverbundenheit und Weltoffenheit keine Gegensätze sind. Er war ein bodenständiger Revolutionär, der wohl deswegen die Belange der kirchlichen Friedensbewegung so glaubwürdig vermitteln konnte, weil er selber authentisch war in seinem Glauben, in seinen Worten und in seinen Werken.“

Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Neues Internetforum H-und-G.info

Hiermit wollen wir ab sofort ein Angebot machen, im Internet über Aufarbeitungsfragen zu informieren und zu diskutieren. Unserem Internetauftritt stasibesetzung.de fügen wir jetzt das Forumportal H-und-G.info, Heute und Gestern, hinzu.

Die Debatte über die Bewertung der Rolle der DDR-Opposition im Zusammenhang mit der friedlichen Revolution war im vergangenen Jahr Anlaß für lebhaftere Diskussionen und weckte den Bedarf nach Verstärkung des Austausches. Nach einem Treffen im Herbst 2019 wollen wir nun dieses Internetforum einrichten und anbieten.

Der bedauerliche Untergang der Zeitschrift „Horch und Guck“ ist ein weiteres Motiv. Bis heute ist es nicht gelungen, die Zeitschrift als Periodikum wieder aufleben zu lassen. Es ist offenkundig, daß eine solche Möglichkeit der Information und Selbstverständigung fehlt. Die Aufarbeitungslandschaft besteht heute aus einer Vielzahl von ehrenamtlichen Vereinen und öffentlichen Institutionen und bindet eine relativ große Anzahl von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Fachleuten sowie Honorarkräften, die sich gemeinsam auf dem Laufenden halten wollen.

Eine Zeitschrift in der alten Form wieder aufleben zu lassen, scheint uns unrea-

listisch und aus der Zeit gefallen. Statt dessen bietet sich aus unserer Sicht ein Online-Forum dafür an.

Das Startkonzept der Pilotausgabe, die von wenigen ehrenamtlich realisiert wird, ist einfach. Jede Ausgabe, die etwa vierteljährlich erscheinen sollte, hat ein Forum-Thema. Für die Pilotausgabe war Wolfgang Templin so freundlich, mit einem Beitrag zu „Europa nach Corona“ den Aufschlag zu machen. In der Folgezeit gäbe es Gelegenheit, den jeweiligen Schwerpunkt-Beitrag zu kommentieren und zu ergänzen. Damit dies nicht beliebig wird, werden wir die Kommentarteilräge redaktionell betreuen und gegebenenfalls eine Auswahl treffen. Für nächste Schwerpunktthemen-Ideen sind wir dankbar. Das könnten z.B. der Aufsatz von Klaus Wolfram in der Berliner Zeitung vom 6.4.2020 zur friedlichen Revolution sein, weitere z.B. der Linksextremismus, Putins Rußland, die (Neu-)Bewertung der Stasi-„Erstürmungen“ von 1989/90. usw.

In Kooperation mit den Zeitschriften Gerbergasse 18 (Jena) und Neue Justiz (Baden-Baden) werden wir jeweils einen interessanten ausgewählten Beispielartikel und deren aktuelle Inhaltsverzeichnisse präsentieren. Damit soll auch eine Verbindung zu juristischen Forschungen

des Verbund-Projektes Rechtsfolgen der SED-Diktatur im vereinigten Deutschland an der Europauniversität Viadrina hergestellt werden. Die Pilotausgabe enthält einen Aufsatz zur Besetzung der MfS-Kreisdienststelle Jena sowie eine erste juristische Einschätzung der Reha-Gesetze von 2019.

Als aktuelle Rubrik werden wir eine strukturierte Auswahl von u.a. Aufarbeitungsnachrichten anbieten (die Gerold Hildebrand regelmäßig zusammenstellt und uns freundlicherweise zur Verfügung stellt).

Für Termine und Veranstaltungshinweise wollen wir auf das entsprechende Kalender-Angebot der Stiftung Aufarbeitung verweisen und gleichzeitig dafür werben, es „zu füttern“ und zu nutzen.

Wir starten mit dieser Ausgabe einen Testballon und hoffen, daß er Interesse findet und zum Mitmachen motiviert.

Über Feedbacks, Anregungen, Kritiken und Themenideen würden wir uns freuen.

Christian Booß, Berlin/
Mathias Sengewald, Erfurt

Kontakt bis auf weiteres:
post@stasibesetzung.de

Plattform veröffentlicht Online-Bildungstool

Die Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen veröffentlicht für Schüler und Studierende ihr Online-Lehrmittel – eine Reihe kurzer Lehrvideos in englischer Sprache, die Menschenrechtsverletzungen durch das nationalsozialistische und das kommunistische totalitäre Regime veranschaulichen.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs beendete die Zeit der Kriegsverbrechen. Diese dunkle Periode der Menschheitsgeschichte führte schließlich zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Es ist ein grundlegendes Dokument, in dem die Rechte jedes Menschen dargelegt sind. Die internationalen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gingen jedoch auch

nach 1945 weiter, und für die Menschen in Mittel- und Osteuropa dauerte es weitere 40 Jahre, bis sie ihre Rechte, Freiheiten und die Unabhängigkeit vollständig erlangt hatten.

Die 29 kurzen Clips stellen die Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor und veranschaulichen diese. Sie stellen die Geschichten von Menschen, die von totalitären Regimes verletzt wurden, dar. Die Zielgruppe sind hauptsächlich Schüler der Sekundarstufe in ganz Europa und weltweit.

„Die Jugend von heute hält die Menschenrechte für selbstverständlich. Die Verwendung historischer Beispiele ist wichtig, um ihnen zu zeigen, wie wichtig diese Rechte sind“, sagte Łukasz Kamiński, Präsident der Plattform.

29 kurze Videos mit mündlichen Zeitzeugnissen sind in englischer Sprache verfügbar. Bisher sind Untertitel in französischer, polnischer, tschechischer und slowakischer Sprache bereitgestellt. Weitere Sprachvarianten werden vorbereitet.

Die Videos können den Online-Lern- und Bildungsaktivitäten sowohl von Schülern als auch von Lehrern dienen. Das Projekt wurde im Rahmen der Bildungsarbeit der Plattform in Zusammenarbeit mit dem Oral History Portal Kogu Me Lugu des Estnischen Instituts für historisches Gedächtnis erstellt.

(<https://translate.google.com/translate?hl=de&sl=en&u=https://www.memoryandconscience.eu/&prev=search>)

31. Bautzen-Forum

30 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der SED-Diktatur

10. – 11. September 2020,
Gemeindehaus der Kirchgemeinde St. Petri, Am Stadtwall 12

Donnerstag, 10. September

10.00 Uhr: **Eröffnung und Grußworte**

Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Leiter des Landesbüros Sachsen
Alexander Latotzky, Vorsitzender des
Bautzen-Komitees e.V.
Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen
Landtages, Chemnitz
Alexander Ahrend, Oberbürgermeister
der Stadt Bautzen

10.45 Uhr: Vortrag und Diskussion

Unzufrieden in Deutschland? Welche Rolle spielen Erfahrungen aus der DDR, der Friedlichen Revolution und der nachfolgenden Transformationszeit?

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Historiker,
Bundesbehörde zur Aufarbeitung der
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der DDR

Anschließend Rückfragen und Diskussion

12.15 Uhr: Mittagessen

13.15 Uhr: Podiumsgespräch

Wie umgehen mit dem Erbe der SED-Diktatur?

Iris Gleicke, ehem. Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Vorstandsmitglied von Gegen Ver-

gessen – Für Demokratie e.V.

Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Direktor
des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden

Dr. Peter Wurschi, Landesbeauftragter
des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Dr. Helge Heidemeyer, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Mod. Michael Naumann, Journalist, MDR

15.15 Uhr: Kaffeepause

15.45 Uhr: Vorträge und Gespräch

Geteilte Träume. Meine Eltern, die Wende und ich

Robert Ide, geschäftsführender Redakteur
und Autor, Der Tagesspiegel, Berlin

Deutsch-deutsche Geschichte vermitteln – Das DDR-Museum in Pforzheim

Florentine Schmidtman, Doktorandin
am Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische
Forschung in Potsdam

Diskussion

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte
Bautzen

Freitag, 11. September

9.00 Uhr: Podiumsgespräch

Wie geht es den Opfern der SED-Diktatur heute?

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Christian Dertinger, Sohn des 1953 verhafteten und inhaftierten DDR-Außenministers Georg Dertinger

Dr. Christian Sachse, Theologe, wissenschaftlicher Beirat der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.

Mod. Britta Veltzke, Journalistin, Leipzig

10.30 Uhr: Kaffeepause

11.00 Uhr: Podiumsgespräch

Deutschland einig Vaterland? Zusammen leben im vereinten Deutschland

Lale Akgün, Diplom-Psychologin, ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages

Britta Veltzke, Journalistin, Leipzig

Prof. Dr. Rainer Eckert, Historiker, Berlin

Mod. André Fleck, Dresden

13.00 Uhr: Ende des Forums

Die Teilnahme am 31. Bautzen-Forum ist kostenfrei. Die Aufwendungen für Mittagessen, Imbiß und Getränke im Rahmen der beiden Veranstaltungstage trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung, Reise und Übernachtungskosten können leider nicht erstattet werden.

Ob der Termin des Bautzen-Forums gehalten werden kann, erfahren Sie über die Website der FES Sachsen bzw. über Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, Burgstr. 25, 04109 Leipzig, Tel. (0341) 960 24 31, Fax (0341) 960 50 91, E-Mail Sachsen@fes.de 

Teilöffnung

(sbg) Nach neunwöchiger Schließung ist die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam wieder für den Besucherverkehr geöffnet. Wegen der erforderlichen Hygieneschutzmaßnahmen ist der Besuch jedoch vorerst nur eingeschränkt möglich. Führungen und Veranstaltungen können weiterhin nicht stattfinden.

Begehbar ist der ehemalige Gefängnis-Innenhof mit dem Bronzemedell der ehemaligen Geheimdienststadt „Militärstädtchen Nr. 7“. Hier ist als zusätzliches

Angebot eine Open-Air-Ausstellung mit historischen Fotografien zur Ortssituation im Jahr 1994 unmittelbar nach Abzug der russischen Truppen und der Öffnung des Geländes zu sehen. Auch der einstige Zellentrakt im Keller des ehemaligen Gefängnisgebäudes kann besichtigt werden.

In den original erhaltenen Arrestzellen aus der Frühphase des Gefängnisses sind seltene Wandritzungen ehemaliger Inhaftierter zu sehen. Vor Ort gibt ein Guide den Besuchern Auskunft zur Ge-

schichte des Ortes und steht für Fragen bereit.

Aufgrund der beengten Verhältnisse ist die Personenzahl im historischen Gefängnisgebäude begrenzt. Der Zugang zu den geschlossenen Räumen ist nur mit einem Mund-Nase-Schutz möglich. Die allgemeinen Hygiene- und Abstandsregelungen müssen im gesamten Bereich der Gedenkstätte strikt eingehalten werden.

Aktuelle Öffnungszeiten: freitags bis sonntags von 14.00 bis 18.00 Uhr 

Überblick über Jahrestagungen

Dank des Nachlasses Horst Schülers und Günter Kowalczyks sowie der Mithilfe von Heini Fritsche und Horst Hennig konnten wir einen Überblick aller Jahrestagungen der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion erstellen.

Die letzten 10 000 deutschen GULag-Häftlinge sind dank der Verhandlungen Konrad Adenauers in Moskau im September 1955 in ihre Heimat entlassen worden. Die Bilder der Ankommenden im Herbst/Winter 1955/56 in Friedland und anderen Orten haben sich unwiderruflich eingeprägt. Schon unmittelbar nach ihrer Rückkehr trafen sich ehemalige Workutaner in familiär-regionalen Kreisen, so die Familien von Günter Albrecht, Heinz Ott, Werner Gumpel, Gerald Joram, Theodor Desens uvm.

Etwa ab 1961 organisierte Sigurd Binskis bis zu seinem Tod im Jahr 1993 fast jährlich Treffen mit Kameraden vorwiegend aus dem 29. Schacht (Lager 10).

Ursula Manzel – in gewisser Weise die Stimme der Workuta-Frauen – hat für ehemalige Kameradinnen regelmäßige Treffen der Frauen aus Workuta organisiert. Auch sie trafen sich regelmäßig am Anfang der 1980er Jahre, zum Teil in großen Runden.

Ebenso gab es Treffen von Häftlingen, die nach ihrer Haftentlassung in der DDR geblieben sind. Sie trafen sich unter anderen, geheimen und vorsichtigen, Bedingungen. Aber es gab diese Treffen,

so erzählte es uns auch Elfriede Kreyßig. Natürlich galt in der DDR ein Schweigegebot in der Öffentlichkeit. Über ihre Haft- und Verfolgungszeit und die drastischen SMT-Unrechtsurteile durften die GULag-Zeitzeugen nicht sprechen.

Am 11. September 1995 schrieb Horst Schüler: „Zusammen mit einigen anderen ehemaligen Häftlingen bemühe ich mich seit einiger Zeit, zu einer größeren Gemeinsamkeit der Frauen und Männer zu kommen, die unter dem System des Kommunismus gelitten haben. Ein erster Schritt dazu ist die ‚Lagergemeinschaft Workuta‘. Dem Namen nach besteht sie bereits, praktisch jedoch setzt sie sich bisher vor allem aus den Angehörigen des 29. Schachts (10. Lager) zusammen, viel zu wenig, um von einer wirklichen ‚Lagergemeinschaft Workuta‘ sprechen zu können. Wir sind bemüht, möglichst alle zu sammeln, die in Workuta waren, Männer wie Frauen. Wir glauben, daß unsere berechtigten Anliegen und Forderungen nur durchgesetzt werden können, wenn wir sie gemeinsam vorbringen.“

Die erste Tagung als „Lagergemeinschaft Workuta/GULag“ fand 1996 in Halle statt. Zu diesen gemeinsamen Jahrestagungen der Workutaner und Workutanerinnen, an denen auch die Ehepartner und Kinder teilnehmen konnten (was ausdrücklich erwünscht war), wurden Fachreferenten eingeladen. Als Lagergemeinschaft wurde nun mehr die Öffentlichkeit gesucht. Medienvertreter wurden kontaktiert, ebenso wurden

Schulen aufgesucht, damit Schüler mit Zeitzeugen in Kontakt kamen und diskutieren konnten.

Im Jahr 1997 gaben sich die Workutaner offiziell die Bezeichnung „Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion“. Wichtig war hier die Ergänzung „GULag Sowjetunion“, zwar wurden die meisten deutschen politischen Häftlinge nach Workuta verschleppt, aber viele mußten auch in anderen Lagern wie Potma, Inta oder Taischet über etliche Jahre Zwangsarbeit leisten.

Viele Jahrestagungen der Lagergemeinschaft fanden an Orten ihrer ehemaligen Untersuchungsgefängnisse statt, wo auch die SMT-Urteile gefällt wurden, also etwa in Schwerin (Demmlerplatz), Berlin-Hohenschönhausen, Potsdam (Leistikowstraße und Lindenstraße) und in Halle (Roter Ochse), um nur einige Orte zu nennen. Das letzte Treffen fand mit zwölf Zeitzeugen und ihren Familienangehörigen im Mai 2019 in Königswinter statt. So war der Kreis geschlossen. Von Adenauer zu Adenauer.

Übrigens liegen uns Teilnehmerlisten aller Tagungen vom Jahr 1996 bis 2019 vor. Es gab Teilnehmer, die (fast) jedes Jahr teilnahmen, und es gab Zeitzeugen, die nur ein einziges Mal an so einem Treffen der Lagergemeinschaft teilnahmen. Insgesamt sind 405 Namen ehemaliger GULag-Häftlinge registriert.

Stefan Krikowski

Was uns verbindet, was uns trennt

Studentischer Essaywettbewerb der Deutschen Gesellschaft e.V.

Wie fällt die Bilanz 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung für die gesamtdeutsche Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur aus? Ist der Einheitsprozeß gelungen oder verläuft der Reiß nach immer zwischen Ost und West? Welche Perspektive nehmen die nach der deutschen Einheit Geborenen ein?

Mit diesen Fragestellungen möchte die Deutsche Gesellschaft e.V. Studierende dazu bewegen, sich mit dem Jubiläumsjahr „30 Jahre deutsche Einheit“ und den damit einhergehenden Debatten sowie Bilanzierungen zu beschäftigen.

Anliegen der Deutschen Gesellschaft e.V. ist es, die jüngere Generation, konkret Studierende aller Fachrichtungen, bundesweit einzubinden, um die Auseinandersetzung nicht nur Expertinnen und Experten, Akteurinnen und Akteuren oder Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu überlassen.

Einsendeschluß ist der 1. September 2020. Aus den eingegangenen Essays, die anonymisiert werden, wählt eine sechsköpfige Jury bis Mitte Oktober die besten Essays aus. Zu den Bewertungskriterien gehören: Originalität, Analysekraft und sprachlicher Ausdruck.

Die drei besten Texte werden prämiert: Der 1. Platz ist mit 2000,- €, der 2. Platz mit 1000,- € und der 3. Platz mit 500,- € dotiert.

Die 20 besten Essays werden in einem Band als Printpublikation veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Wettbewerb unter www.essaywettbewerb.de

Ansprechpartnerin:

Dr. Evelyn Schmidt, Referentin Kultur & Gesellschaft, Tel. (030) 884 12 252 

Aufruf an ehemalige Zwangsarbeiter

Erfahrungsberichte über Antragstellung in Deutschland

Auf Beschluß des Deutschen Bundestags trat am 1. August 2016 die Richtlinie über eine einmalige finanzielle Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter in Kraft. Personen, die wegen ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit während oder nach Ende des Zweiten Weltkrieges für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mußten, darunter Rußlanddeportierte aus Rumänien, konnten bis zum 31. Dezember 2017 beim Bundesverwaltungsamt einen Anerkennungsbeitrag in Höhe von 2500 Euro beantragen. Um der Öffentlichkeit vom Erfolg der Richtlinie, aber auch von den Einzelschicksalen Betroffener berichten zu können, bittet der Bund der Vertriebenen nun Antragsteller von damals um ihre Erfahrungen. Im Juni 2020 soll die Antragsbearbeitung für die

Anerkennungsleistung an zivile deutsche Zwangsarbeiter (AdZ) abgeschlossen sein. Bis dahin werden nahezu 40 000 Betroffene eine Anerkennungsleistung erhalten haben. Das heißt auch: 40 000 konkrete Einzelschicksale, die sich hinter der Zahl und dem abstrakten Begriff „Zwangsarbeit“ verbergen.

Der Bund der Vertriebenen sucht Empfänger/-innen der Anerkennungsleistung, die über ihre Erfahrungen mit dem Antragsverfahren, aber auch über ihr Schicksal und ihre Zwangsarbeit berichten können. Sie werden gebeten, in ihren Texten auf folgende Fragen einzugehen:

- Wo haben Sie gelebt, als Sie zur Zwangsarbeit verpflichtet bzw. deportiert wurden? Wo mußten Sie die Zwangsarbeit leisten?

- Welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht? Wie haben Sie in dieser Zeit gelebt, wie sah der Alltag aus?
- Wie hat sich Ihr Umfeld nach der Rückkehr aus der Zwangsarbeit Ihnen gegenüber verhalten? Und wie der Staat, in den Sie zurückkehrten?
- Welche Bedeutung hat diese symbolische Anerkennungsleistung über die finanzielle Zuwendung hinaus für Sie persönlich? Wie haben Sie von der Anerkennungsleistung erfahren? Haben Sie die erhaltene Zuwendung für eine besondere Gelegenheit verwendet, von der Sie berichten möchten?
- Wären Sie auch bereit, als Zeitzeuge/Zeitzeugin einen Beitrag gegen das Vergessen zu leisten?

Bitte schreiben Sie per E-Mail: xenia.buchholz@bdvbund.de oder postalisch an BdV – Bund der Vertriebenen, z. Hd. Frau Xenia Buchholz, Pressehaus 4204, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin. 🇩🇪

Malchower und Penzliner Freundeskreis

Am 20. April 2020 informierte uns der Malchower Bürgermeister, Rene Putzar, daß das diesjährige Volksfest in Malchow, bedingt durch die Corona-Krise, ausfallen muß. Da unsere Gedenkveranstaltung Bestandteil des Volksfestes ist, muß leider auch diese ausfallen. Das bedauern wir sehr, aber wir alle müssen uns den Maßnahmen der Pandemie-Eindämmung fügen.

Wir planen im Rahmen der Gedenkveranstaltung die Einweihung einer Namenstafel mit den 13 Malchower Toten. In Abstimmung mit dem Malchower Bürgermeister ist die Einweihung dieser Namenstafel für den **15. November 2020** am Volkstrauertag vorgesehen. Die genauen Modalitäten zur Einweihung in

der Gartenstraße stehen noch nicht fest. Wenn der Verlauf der Veranstaltung genau geplant ist, werden wir aktuell im Stacheldraht und der Bürgermeister im Malchower Tagesblatt informieren.

Das Malchower Volksfest im nächsten Jahr ist vom 30. Juni bis zum 4. Juli 2021 geplant. Wir bitten Sie, sich bereits den 2. Juli, 11.45 Uhr, als Termin für unsere Gedenkveranstaltung vorzumerken. Wir haben vor, aus diesem Anlaß Gedenkredner der vergangenen Jahre einzuladen, um an die Verbrechen in der SBZ zu erinnern.

Ob die Gedenkveranstaltung der AG Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. am 30. August 2020 anlässlich des 75. Jahrestages der Wiederinbetriebnahme des

ehemaligen KZ als sowjetisches Speziallager Nr. 7/1 stattfindet, steht aus unserer Sicht auch noch nicht fest.

Im Juli haben wir vor, die Gedenksteine in Penzlin, Waren und Malchow zu warten.

Im November 2020 findet in Neustrelitz eine Beratung zum Gefängnis Nr. 5 Strelitz statt. Es sollen Festlegungen getroffen werden, wie es mit der Suche nach den Toten weitergehen soll. Gerlinde Schröder und Reinhard Klaus nehmen ebenfalls daran teil.

Wir hoffen, uns 2021 bei der Gedenkveranstaltung in Malchow alle gesund wiederzusehen.

Horst und Jutta Vau

Spendenaufruf

Falko Vogt (*1962) zählt zu den bekanntesten DDR-Flüchtlings. Als er im Herbst 1980 mit seiner Freundin Marienetta Jirkowsky in Berlin über die Mauer kletterte, überlebte er wie durch ein Wunder, während Marienetta im Kugelhagel der DDR-Grenzer starb. Seit ein paar Jahren lebt Falko Vogt in Spanien, wo er versucht, sich durch den Aufbau einer kleinen Gastwirtschaft eine eigene Existenz zu schaffen. Doch die Corona-Krise hat Spanien schwer getroffen, viel stärker noch als Deutschland. Durch die dort verhängten strikten

Ausgangssperren ist Falko Vogt in große Not geraten, da er vom deutschen Sozialsystem nicht mehr und vom spanischen Sozialsystem noch nicht erfaßt ist. Er weiß schon seit einigen Wochen nicht mehr weiter, seine Hilfs-Anfragen bei deutschen Behörden wurden abschlägig beantwortet. Falls Sie, lieber Leser, liebe Leserin, die Möglichkeit haben, ihn mit einer Spende in dieser Notlage zu unterstützen, würde es dazu beitragen, daß er den Sommer übersteht und dann endlich und zukünftig wieder aus eigener Kraft überleben kann.

Stefan Appellius

Bankverbindung: Falko Vogt, IBAN ES51 0182 2966 6102 0152 3392, BIC BBVA-ESMMXXX (innerhalb Europas ist die BIC-Angabe nicht mehr nötig)



Falko Vogt Anfang 1981 an der Stelle, an dem sich die Flucht ereignete und Marienetta Jirkowsky starb.

35 Gewinner-Projekte beim Jugendwettbewerb

(bsta) Beim bundesweiten Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ hat die Jury 35 Beiträge für preiswürdig befunden. Insgesamt 180 Einreichungen aus 14 Bundesländern waren zuvor eingegangen. Zur Frage, wie sich der Umbruch seit dem Ende der deutschen Teilung auf ihre Region ausgewirkt hat, haben die Schülerinnen und Schüler zwischen 13 und 19 Jahren eigene Filme, Podcasts, Textbeiträge und Spiele entwickelt. Die siebenköpfige Jury aus Wissenschaft, Bildung, Medien und Politik hat sich die Auswahl nicht leichtgemacht: „Es war beeindruckend, wie viel Kreativität in die Beiträge eingeflossen ist, die durchweg eine hohe Qualität haben“, sagte Jurymitglied und Comiczeichner Mawil.

„Bemerkenswert war, wie viele Beiträge aus Regionen kamen, die, wie etwa Ba-

den-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, nicht in unmittelbarer Nähe zur früheren innerdeutschen Grenze liegen. Erfreulicherweise wird also das Thema Transformation inzwischen zunehmend als ein gesamtdeutsches aufgefaßt“, sagte Jurymitglied Professorin Christina Morina von der Universität Bielefeld.

Aus Berlin haben sich 12 Gruppen aus insgesamt 5 Schulen am Wettbewerb beteiligt. Unter die 35 Gewinner-Projekte schafften es das Paul-Natorp-Gymnasium mit einem Beitrag zum Thema Rechtsextremismus und das Willi-Graf-Gymnasium mit einem Beitrag zur Rolle der Kirche in der Umbruchszeit.

Die genauen Platzierungen werden auf der Preisverleihung am 23. Juni 2020 verkündet, die durch die geltenden Ein-

schränkungen als Online-Veranstaltung stattfinden wird. Es winken Preisgelder von jeweils 3000 Euro bis 500 Euro. Alle 35 ausgewählten Gruppenarbeiten sind ab sofort unter <https://umbruchszeiten.de/projekte> zu finden.

Ausgelobt wurde der Wettbewerb aus Anlaß von 30 Jahren deutsche Einheit von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

Jugendliche waren aufgefordert, ihre Geschichtsprojekte rund um die Transformationszeit seit 1989/90 einzureichen. Der Wettbewerb fördert die Auseinandersetzung der jungen Zielgruppe mit der Zeitgeschichte, die im regulären Schulunterricht häufig noch zu kurz kommt. 

Neuer Podcast „1990. Berlin im Wandel“

(BAB) Anlässlich des 30jährigen Jubiläums der deutschen Einheit ist der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte (BAB) am 13. Mai 2020 mit einem Podcast über das turbulente Umbruchsjahr 1990 in Berlin gestartet. Auf diesem Wege möchte der BAB auch in Zeiten der Corona-Pandemie mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen.

Unter dem Titel „1990. Berlin im Wandel“ widmet sich der „BABcast“ nicht nur der großen Politik hin zur deutschen Einheit, sondern vor allem dem Alltag und den persönlichen Erfahrungen der Berlinerinnen und Berliner. Hierzu disku-

tiert das Moderationsteam des BAB alle drei Wochen mit Expertinnen und Experten sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Themen sind unter anderem die Auflösung der DDR-Geheimpolizei Stasi, die ersten Erfahrungen mit der D-Mark, die Umstrukturierung von Ost-Berliner Betrieben sowie weitere Facetten des Wandels im Ost- und Westteil der Stadt.

Ein besonderes Anliegen des Aufarbeitungsbeauftragten ist dabei der Kontakt zu den Hörerinnen und Hörern. Über Twitter (https://twitter.com/BAB_cast) oder per E-Mail (BABcast@aufarbeitung-berlin.de) können Interessierte ihre

Fragen und eigenen Erfahrungen einbringen. „Wir wünschen uns ein interaktives und lebendiges Format, das vor allem von den Hörerinnen und Hörern mitgestaltet wird und zu Diskussionen anregen soll“, sagte Aufarbeitungsbeauftragter Tom Sello.

In der ersten Folge stellt das Moderationsteam sich und das Projekt näher vor. Der erste inhaltliche Beitrag im Juni dreht sich um die Erfahrungen von Frauen im Umbruchsjahr. Zu hören gibt es den BABcast auf der Website www.babcast-berlin.org sowie auf Spotify, iTunes und Deezer. 

Leserbrief

„Der ist bildungsunfähig“

Zum Leserbrief „Auch Beschäftigung war garantiert“, *Ausg. 2/2020, S. 15*

Als christlich engagierter Abiturient kam ich zu Anfang der 1970er Jahre nach Rothenburg bei Görlitz, um dort einige Tage mit Behinderten zu arbeiten. Damals schockierte mich der heruntergekommene Zustand der Gebäude. Heute kann man in der „Orientierung“, einer Fachzeitschrift des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe (BeB), nachlesen, daß 1963 in der DDR selbst „die bis dahin durch Aufgliederung in Heil- und Pflegeanstalten für die betroffenen Hilfe-

bedürftigen entstandenen menschenunwürdigen Lebensbedingungen“ kritisiert wurden (Orientierung Nr. 3/2014).

Die Ziele der in der DDR sogenannten Rehabilitation im Sozialismus waren darauf ausgerichtet, „1. dem Geschädigten selbst zu helfen, 2. seine Arbeitskraft für die Gesellschaft zu erhalten, was im Interesse des Geschädigten liege und 3. nicht wie im Kapitalismus zum Nutzen einzelner, sondern zum Nutzen aller, also des Geschädigten selbst, Sozialleistungen einzusparen“ (zitiert nach J. Frerich, Hg., Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: DDR, 2. Aufl. 1996, S. 382). Wie ich später erfuhr, gab es ein paar wirklich gute „geschützte

Werkstätten“, andernorts schraubten körperlich oder geistig behinderte Menschen jahrelang mit immer den selben Handbewegungen für eine ortsansässige Firma Kleinteile zusammen. Es steht zu befürchten, daß die Arbeit für „Meyer Optik“ in Rothenburg zur zweiten Sorte gehörte.

Bereits am ersten Tag klärte mich ein Pfleger über den „geistigen Stand“ von Frank auf: „Der ist bildungsunfähig. Versuch ja nicht, dem was beizubringen.“ Als Frank sekundierte: „Ich weiß ja, daß ich dumm bin“, reiste ich ab. Ich habe später viel mit Behinderten zusammengearbeitet. Diesen Vorfall habe ich trotzdem niemals vergessen.

Peter Grünberg, Berlin

Der Ort der Verdammten

„Strafgefängener Nr. 1545“, so hatte sich Falk Mrázek zu melden in Bitterfeld, in einer Hölle von Zwangsarbeitsplatz, ausgebeutet, gequält und gedemütigt im praktizierten real-existierenden Sozialismus, wie man es sich kaum schlimmer vorstellen kann, und das im Jahr 1978/79.

Wie kam Mrázek nach Bitterfeld? Im Sommer 1975 hatten seine Eltern für sich und die beiden Söhne einen Ausreiseantrag aus der DDR gestellt. Sie beriefen sich auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE, die im Sommer 1975 in Helsinki stattgefunden hatte. Unterschrieben hatte u.a. Erich Honecker als Staats- und Parteichef der DDR. Die Schlußakte von Helsinki, das war sogar im Neuen Deutschland nachzulesen, enthielt u.a. das Zauberwort Familienzusammenführung. Daß die Familie eines Elternteils des Ehepaares in der Bundesrepublik wohnte, interessierte jedoch willkürlich handelnde DDR-Bürokraten überhaupt nicht. Auf wiederholte Anträge erhielt die Familie Ablehnungen oder gar keine Reaktion. In der Schule allerdings wurde Falk Mrázek von einem Lehrer befragt, was er denn im Westen wolle: arbeitslos oder drogensüchtig werden oder vielleicht in den Puff gehen? Er war 15 Jahre alt, als ihm auf diese Weise der Westen erklärt wurde von einer nicht eben selten in der DDR vorkommenden Sorte von „Pädagogen“. Mrázek trat aus der FDJ aus, und das hatte in der Schule ein Tribunal zur Folge. Er wurde nicht zur „Erweiterten Oberschule“ EOS zugelassen, somit vom Abitur ausgeschlossen.

Die Jahre vergingen, der 18. Geburtstag nahte, wonach er einen eigenen Ausreiseantrag hätte stellen müssen und obendrein die Einberufung zur NVA drohte. Da kam ihm die Idee einer Provokation am „antifaschistischen Schutzwall“, direkt am Brandenburger Tor, wo dies unter den Augen westdeutscher Beobachter geschehen würde, und er allenfalls mit einer Jugendstrafe zu rechnen hätte. So sein Plan.

Also fuhr er vor dem 18. Geburtstag von seinem Heimatort Bischofswerda/Sachsen nach Berlin, marschierte vom Ostbahnhof zum Brandenburger Tor, ohne Stadtplan, und lief mit erhobenen Händen und großer Angst direkt auf einen Grenzer zu. Der bedrohte ihn mit seiner Kalaschnikow und wollte wissen, wohin des Weges. Die Antwort: „Rüber!“ Das war natür-

lich keine gute Idee. Verhaftung und ab in eine Einzelzelle der „Keibelstraße“. Beim Freigang konnte er am Himmel die unerreichbare Freiheit erblicken, nämlich PanAm-Flieger, deren Passagiere keine Ahnung hatten, daß sich unter ihnen ein Knast befand, dessen Insassen schrecklich gern mitgereist wären. Statt dessen ging es bald per Grotewohl-Express nach Dresden in den berühmten Knast „Schießgasse“.

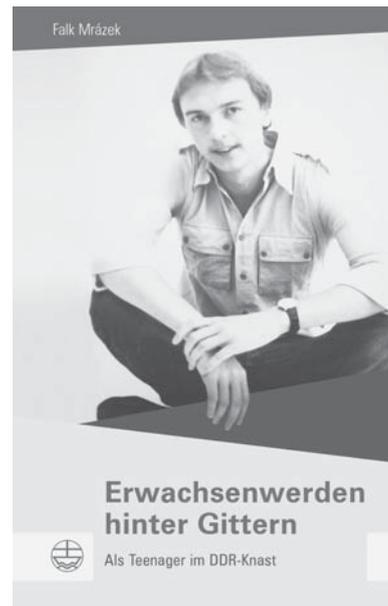
Knapp zwei Monate nach Verhaftung fand die Gerichtsverhandlung statt, die Eltern durften im Zuschauerraum dabei sein. Urteil: 14 Monate wegen „Versuchter Republikflucht“ ohne Jugendrabbatt. Es folgte eine erneute Freifahrt mit dem Grotewohl-Express nach Görlitz ins Gefängnis. Dort wurde er 18 Jahre alt. Zum Jahresende 1978 ging die Reise weiter, diesmal nach Bitterfeld und nicht nach Karl-Marx-Stadt zum Freikauf, wie er schon kurz gehofft hatte.

Nein, er landete in einer Hölle auf Erden, im Strafvollzug im Chemiekombinat von Bitterfeld. Hier begann die Arbeit zunächst an der frischen Luft, beim Schneeschippen im Jahrhundertwinter bei weit unter minus 20°C, ohne angemessene Kleidung, tagelang. Dann mußten Eisenbahnschwellen geschleppt werden zu zweit – die Dinger wogen immerhin bis zu 100 kg – sinnlos wie bei Sisyphos, hin und her mit einer halben Stunde Mittagspause. Mrázeks grobe Arbeitstiefel verursachten Blasen an den vor Kälte gefühlslosen Füßen, am Abend entdeckte er das rohe Fleisch. Weder gab es passendes Schuhwerk noch Arbeitsbefreiung, nicht einmal Pflaster. Auch wurde ihm mal ein schmerzender Backenzahn ohne Betäubung gezogen – statt Zahnbehandlung.

Unter den Zwangsarbeits-Häftlingen war er der Jüngste, jeder vierte war wegen Republikflucht verurteilt. Die Behandlung war menschenunwürdig, und wie man weiß, war Bitterfeld damals die dreckigste und ungesündeste Stadt der Republik. Selbst der Schnee war schwarz. Nach dem Schneeschippen und Schwellenschleppen bekam er einen neuen Arbeitsplatz in einer wahren Höllen-Halle. Hier herrschte ohrenbetäubender Lärm, Funken sprühten, ölige Flüssigkeit spritzte in der Gegend herum, glühende Metallsplitter flogen vorbei, es stank erbärmlich. Die Maschinen waren uralt und verschlissen. Ab und an trat ungehindert Chlorgas aus.

Täglich erlitten Häftlinge furchtbare Verletzungen. Arbeitsschutz? Wozu? Die Bevölkerung von Bitterfeld mußte ja schließlich auch mit der Umweltverschmutzung leben. – In Berichten von Kriegsgefangenen aus dem Gulag erfährt man von unmenschlichen Arbeitsbedingungen in Sibirien, die offenbar auch noch in der DDR der 70er Jahre herrschten.

Falk Mrázek fand in Peter – einem erfahrenen Wiederholungsinsassen – einen Freund, der den Knastunerfahrenen unter



.....
Erwachsenwerden hinter Gittern. Als Teenager im DDR-Knast, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2020; aus der Buchreihe des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 224 S., 12,- €

seine Fittiche nahm, so daß ihm vielleicht weitaus Schlimmeres erspart blieb. Peter kam „draußen“ nicht zurecht und landete daher immer wieder hinter Gittern wegen kleiner Delikte.

Während Falk in Bitterfeld schuftete, durften seine Eltern und der kleine Bruder aufgrund westlicher Intervention im Mai 1979 plötzlich doch ausreisen. Davor gab es noch einen kurzen „Sprecher“, danach fühlte sich Falk völlig verlassen, nun hatte er nur noch Peter. Und dann geschah das Inferno am „Arbeitsplatz“: Eine Maschine fing an zu brennen, kein Feuerlöscher funktionierte, die Flammen griffen um sich, eine Explosion sämtlicher Maschinen samt Halle drohte. Der Feuerwehr gelang es schließlich, das Feuer zu löschen. Zu spät, die Halle samt Inhalt brannte völlig aus. Mrázek wurde anschließend zum Unfall befragt. Die Vernehmer wollten



u.a. wissen, ob er vielleicht zur Feier der Ausreise seiner Eltern ein „Freudenfeuer“ veranstaltet hätte. Nun bekam er Angst, daß eine neue Strafe hinzukäme.

Dann, eines Tages, erneute Verlegung, aber wohin? Das wurde nicht erklärt. Wieder ein Knast mit „Tigerkäfig“. Erst allmählich wurde klar, daß er sich auf dem „Kaßberg“ in Karl-Marx-Stadt befand, dem letzten Ort vor der Freiheit. Im Juni 1979 begleitete Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel wieder einmal einen Bus mit Freigekauften an die Grenze. Falk Mrázek traf seine Eltern in Köln wieder. Peter fand er 2019, der hatte ihn gesucht.

Im Vorwort macht sich die Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte Dr. Nancy Aris Gedanken zur heutigen see-

lischen Befindlichkeit politischer Opfer der DDR, die solcher brutaler Willkür ausgesetzt waren. Einige mußten sich auch schon mal sagen lassen, daß man doch nicht völlig grundlos in Haft gekommen sein könne in der DDR. Eine erneute Demütigung, die manchen verstummen ließ.

Zwangsarbeit gab es schon immer – zuletzt in Zeiten des Nationalsozialismus. Die DDR aber wollte der ganzen Welt doch beweisen, daß ein real-existierender Sozialismus menschlicher sei. Etwa indem sie wiederum Zwangsarbeit einführte, als Erziehungsmaßnahme getarnt? In Abhängigkeit von Moskau und mit krieche- rischem Gehorsam war die Obrigkeit der DDR stets bemüht, den „Freunden“ ihre Loyalität zu beweisen als Best-Filiale. Und der Westen hat die preiswerten Produkte

gekauft, die in Gefängnissen hergestellt wurden von Sklavenarbeitern.

Wie ist es nach dem Mauerfall eigentlich den vielen Gefängnis-Zwangsarbeiter-Schergen ergangen, den Politoffizieren, Denunzianten, „Blockwarten“, Sadisten? Die beziehen jetzt wie selbstverständlich und ohne rot zu werden Rente vom früheren Klassenfeind oder haben gut bezahlte Jobs bei diesem. Manch einer hat sogar den Nerv, sich über zu niedrig ausgefallene Rente zu beklagen. Ob sie sich manchmal Gedanken machen über ihren früheren Umgang mit damaligen Schutzbefohlenen und sich vielleicht ein bißchen schämen? Ob einer von ihnen dieses Buch einmal lesen wird?

Sybillie Krägel

Flugblätter gegen Unmenschlichkeit



Im Frühjahr 1951 fanden drei Schulfreunde im sächsischen Gröditz weit westlich des Truppenübungsplatzes Zeithain der sowjetischen Armee die ersten Flugblätter. Eng bedruckte Papiere in russischer oder deutscher Sprache, die, wie sie bald wußten, aus der Bundesrepublik mit Ballons in die DDR geflogen und dort abgeworfen wurden. Absender waren Organisationen wie der Zentralverband politischer Emigranten aus der UdSSR, die Ostbüros der Parteien und die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Friedrich Uhlemann hat diese Flugblätter aufbewahrt, wohl wissend, in welche Gefahr er sich mit deren Besitz brachte.

Die Neuerscheinung ist Teil eines durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten geförderten umfangreichen Projektes der Digitalisierung und Übersetzung einer Sammlung von Flugblättern der DDR aus den frühen 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. Hiermit war die Osteuropa-Historikerin Anastasia Surkov betraut, die nun ihre Ergebnisse einer wissenschaftlichen Aufbereitung der Sammlung vorlegt. In ihrer Publikation veranschaulicht die

Autorin komplexe historische Zusammenhänge um den Systemkonflikt und die propagandistischen Strategien in einer Frühphase des Kalten Krieges. Dieser wurde nicht zuletzt mit Hilfe zahlreicher Flugschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber und Zeitungen ausgefochten, die von verschiedenen Organisationen in großer Anzahl über dem Gebiet der DDR abgeworfen bzw. ins Land geschleust wurden und damit als frühe Gegenöffentlichkeit das Informations- und Deutungsmonopol des kommunistischen Regimes herausforderten. Der Band erläutert außerdem die historischen Umstände der Sammlung, stellt den Sammlungsgeber Friedrich Uhlemann (Dresden) vor und ordnet die Autoren und Inhalte der verschiedenen Flugblätter historisch ein. Er enthält Abbildungen ausgewählter Dokumente und Autographen und wird ergänzt durch ein Literaturverzeichnis zum Fachgegenstand.

Die Sammlung Uhlemann wird in der Umweltbibliothek Großhennersdorf aufbewahrt und kann dort eingesehen werden. Sie ist parallel online recherchierbar in der Archivdatenbank des „Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen“.

.....
Anastasia Surkov: Flugblätter gegen Unmenschlichkeit. Die Sammlung Friedrich Uhlemann und die deutsche Nachkriegsgeschichte, hg. von der Umweltbibliothek Großhennersdorf e. V., 1. Auflage, Neiße Verlag, Dresden 2020, 120 S., 9,90 € (bestellbar direkt beim Verlag, bei der Umweltbibliothek Großhennersdorf oder im lokalen Buchhandel)

Zwischen Kirche, Staat und Stasi

(VT)Pfarrer Eckart Giebeler arbeitete von 1949 bis 1992 als evangelischer Gefängnisseelsorger in verschiedenen Gefängnissen der DDR und nach 1990 als Gefängnisseelsorger im Land Brandenburg. Ab 1953 übte er seine seelsorgerliche Tätig-

keit als Angestellter des Ministeriums des Innern der DDR aus und verpflichtete sich 1959 per Handschlag zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Als IM „Roland“ schrieb er Berichte über Inhaftierte, besprach Tonbän-

der mit Informationen über Pfarrkonvente und Pfarrer-Kollegen und übergab dem MfS Dokumente, die „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ bestimmt waren.

1992 veröffentlichte Giebeler seine Autobiographie unter dem Titel „Hinter verschlossenen Türen. Vierzig Jahre als Gefängnisseelsorger in der DDR“, in der



er u. a. beschreibt, wie er den Anwerbungen des MfS als Christ und Pfarrer widerstanden habe. Die Geschichte von Eckart Giebeler ist in ihren individuellen Dimensionen die Geschichte einer persönlichen Tragik. Aber sie ist auch eine Geschichte von Schuld und Verrat, ungeklärtem kirchlichen Leitungsverhalten und letztlich eine Geschichte der Suche nach Zugehörigkeit, die Eckart Giebeler auf seine Weise beantwortet hat.

.....
 Marianne Subklew-Jeutner: *Schattenspiel. Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi*, Metropolis-Verlag 2019, 420 S., 24,- €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni und Juli Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni, Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am



Freiheit in Verantwortung

(VT) In nur wenigen Biographien haben sich die vielzitierten Brüche des 20. Jahrhunderts mit solcher Wucht niederschlagen wie im Leben von Sigurd Binski (1921–1993).

Denn als der ambitionierte Bonner Student 1951 in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes geriet, der ihn zu zehn Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilte und in den Gulag nach Workuta verschleppte, erlebte er einen auch bei kühnster Phantasie nicht vorstellbaren Absturz. Hier, in der eisigen Kälte des hohen Nordens, konnte er mit seiner scheinbar unverwundlich robusten Konstitution zwar härteste Sklavenarbeit schließlich durchstehen, doch noch viel einprägsamer als die unmenschlichen Arbeitsbedingungen war der erlebte Zivilisationsbruch.

Zurückgeworfen in ein zynisches Lagerleben, daß sich zwar demonstrativ sozialistisch drapierte, aber in Wirklichkeit bei Verlust aller sozialen Errungenschaften allein vom Gesetz des Stärkeren bestimmt war und am ehesten mit steinzeitlichen Umgangsformen verglichen werden kann, überlebte Sigurd Binski eine mehrjährige Haftzeit. Die nach Stalins Tod einsetzende Kursveränderung in der Sowjetunion ebnete schließlich für ihn den nicht mehr für möglich gehaltenen Rückweg in die Heimat.

Fortan und buchstäblich bis zu seinem Tod hat er unter Verzicht auf eine akademische Laufbahn sein gesamtes Leben dem Kampf um die Einsicht in jene Grundwahrheiten gewidmet, die er mit seinem Erleben beglaubigen konnte: Sein

Gewissen, seine akademischen Kenntnisse und die so teuer bezahlte Erfahrung der Jahre im Gulag trieben ihn fortan, die Grundwerte einer demokratisch verfaßten Gesellschaft immer wieder zu betonen, in Diskussionen zu verteidigen und sich in Auseinandersetzungen ohne Rücksicht auf die eigene Person für sie einzusetzen. Der hier vorgelegte Band



.....
 Gerald Wiemers, Horst Hennig (Hg.): *Freiheit in Verantwortung. Sigurd Binskis Beiträge zur Zeitgeschichte*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2020, 366 S., 34,- €

dokumentiert seine Publizistik – einen nicht zu überschätzenden Fundus aus Wissen, Verantwortungsbewußtsein und leidenschaftlicher Parteinahme für die Grundlagen unseres heutigen Lebens; er gehört damit zu jenen unverzichtbaren Fundamenten, zu deren Bewahrung wir täglich verpflichtet sind.

Da lacht der Klassenfeind

„Er wußte, daß er gegen Gesetze der DDR verstößt, war sich über die Folgen nicht im Klaren und kalkulierte diese mit ein.“

BV-Dsd. AIM 6651/76, Bl. 182

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munki
am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25.
Juli, Ute Görge-Waterstraat am 26. Juli,
Hans-Joachim Wolf am 28. Juli

Auch allen nicht genannten Lesern, die
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth, Astler, Uwe Beh-
ne, Wolfgang Elle, Dr. Wolf Erler, Klaus
Fischer, Gerhard Gärtner, Alexander Grow,
Horst Gutmann, Bernd Haberkorn, Dr.
Wolfgang Hardegen, Wilfried Härtel, Dr.
Eberhard Kempf, Clemens Krüger, Manfred
Langkath, Wolfgang Lehmann, Bernd Ma-
tern, Gisela Mauritz, Peter Menzel, Peter E.
Müller, Horst Opitz, Rolf Sänger, Siegbert
Schmolke, Edda Schulz, Regina Schwarz,
Gabriele Seidel, Manfred Smala, Dres.
Cornelia u. Hans-Joachim Springer, Roland
Steinbach, Klaus-Joachim Surma, Michael
Teltz, Joachim Tetzlaff, Christian Uhlmann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Beschuldigungen und Verurteilungen
werden öffentlich vollzogen.
Rehabilitierungen aber beiläufig und
darum wirkungslos.

Aus „Endmoränen“
v. Monika Maron

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 15 28 58 **neu!**
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

**Union der Opferverbände Kommunis-
tischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30,
Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der
Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos
kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich
die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. Mai 2020

